

Kompromißvorschlag zur Rechtschreibreform

Akademie für Sprache und Dichtung will Spaltung verhindern - Nur wenige Neuerungen wie "ss" sollen bleiben

von Dankwart Guratzsch

Berlin/Weimar - Im Streit über die Rechtschreibreform haben die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt und die politischen Parteien gegensätzliche Positionen bezogen. Während die SPD bekräftigte, daß sie "im Interesse der Kinder und der Schulen" an der Rechtschreibreform festhalten wolle, verlangte die Akademie die komplette oder weitgehende Rücknahme der Reform. Auch die FDP-Bundestagsabgeordnete Ulrike Flach, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, sprach sich für einen "Kompromißvorschlag" von Mitgliedern der Akademie aus, der unter Beibehaltung weniger Neuerungen auf die Rückkehr zur klassischen Rechtschreibung zielt.

Verfasser des Kompromißvorschlages ist der Potsdamer Sprachwissenschaftler Peter Eisenberg, der früher selbst der Zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission in Mannheim angehört hatte, aber aus Protest gegen Absurditäten der Reform ausgetreten war. Wie er auf einer Pressekonferenz in der Berliner Akademie der Künste bekräftigte, hält er auch jetzt noch die alte Orthographie für besser als die neue und sogar besser als den von ihm selbst vorgelegten Kompromiß. Dennoch halte er eine totale Umkehr für "politisch unrealistisch und sachlich auch äußerst schwer zu verwirklichen".

Eisenbergs Vorschläge sehen demgegenüber vor, "Elemente der neuen Rechtschreibung, die nicht allzu störend sind", beizubehalten "und die schlimmen, unsere Sprache entstellenden Fehler zu beseitigen". So sei die Ersetzung des ß nach Kurzvokalbuchstaben durch ss sprachlich verantwortbar. Andererseits müßten Neuregelungen, die gegen die Sprachstruktur verstießen, die Ausdrucksvielfalt des Deutschen beschädigten und zu falschen Schreibweisen verleiteten oder sogar zur Beseitigung von Wörtern führten, rückgängig gemacht werden.

Seine kritischen Einwände untermauert der Sprachwissenschaftler mit zahlreichen Beispielen, die die Widersprüchlichkeit der neuen Schreibweisen aufzeigen. Selbstverständlich, so Eisenberg, müsse man "anheimstellen" zusammenschreiben dürfen, ebenso wie "haltmachen". Ausländer, die diese deutschen Wörter in Wörterbüchern suchen, finden sie nicht mehr, weil sie auseinandergerissen worden sind.

Ähnlich verhängnisvoll wirke sich die Getrenntschreibung von Wörtern wie "Eislaufen", "Kennenlernen" oder "wohlfühlen" aus, die grammatikalisch nichts mit "Eis essen", "Laufen lernen" und "wohl fühlen" zu tun hätten. Die Verdreifachung von Konsonantbuchstaben anstelle der bisherigen Beschränkung auf zwei Buchstaben (Bettuch) führe teilweise zu grotesken, die Lesbarkeit störenden Wortbildern wie "Schlammassel" oder "Schwimmeister". Auch gebe es keinerlei Grund für die Kleinschreibung von Höflichkeitsformen.

Noch weit über die Vorschläge Eisenbergs hinaus gehen die Forderungen von 37 Mitgliedern der Akademie, unter denen sich zahlreiche prominente Schriftsteller befinden. Parallel zu Eisenbergs Erklärung verlangten sie gestern in einem eigenen Statement die "völlige Rücknahme der überflüssigen, inhaltlich verfehlten und sehr viel Geld und Arbeitskraft kostenden Rechtschreibreform". Dies entspreche dem erkennbaren Willen der großen Mehrheit der Bürger in Deutschland, Österreich und der Schweiz und wäre ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Kultur.

Unterschieden haben das Papier neben anderen die Autoren Wulf Kirsten, Michael Krüger, Reiner Kunze, Guntram Vesper, Karl Dedecius, Tankred Dorst, Joachim Fest, Günter Grass, Thomas Hürlimann, Elfriede Jelinek, Günter Kunert, Siegfried Lenz, Odo Marquard und Martin Walser. Sie warnen vor allem vor den Folgen der für 2005 angekündigten "Verbindlichkeit" der neuen Rechtschreibung an sämtlichen Schulen.

Nach Meinung der Autoren seien von der Neuregelung nicht nur die Schulbuchverlage, sondern auch die Literaturverlage betroffen. Sie würden in die "Zwangslage" versetzt, Neuauflagen entweder in der "dann von Amts wegen fehlerhaften Schreibung nachzudrucken oder mit hohen Kosten neu zu setzen". Seit 1996 seien bereits zahllose Kinder- und Jugendbücher aus Bibliotheken ausgesondert worden. Diese Aussonderung führe mit dem Ende der Übergangsfrist 2005 zu einer "schlagartigen Wertminderung aller privaten wie öffentlichen Buchbestände".

Artikel erschienen in WELT online am 31. August 2004